

ARM UND REICH – ZUR EINFÜHRUNG

Günther Schulz, Bonn

unter Mitarbeit von David Lanzerath, Bonn

Die Analyse von Arm und Reich und damit von einem der wichtigsten Faktoren sozialer Ungleichheit gilt als Königsweg sozialwissenschaftlicher, sozial- und wirtschaftshistorischer Forschung: Verteilungsdisparitäten, Standesunterschiede, Klassegegensätze, Schichtungsdivergenzen – politisch auf die Zeit der Industrialisierung bezogen: die Soziale Frage. 2008 thematisierte beispielsweise der 47. Deutsche Historikertag in Dresden unter dem Oberthema „Ungleichheiten“ Prekarisierung, Gentrifizierung und die gesellschaftlichen Folgen der weltweiten Finanzkrise. Auch wenn gegenwärtig soziale Konflikte in der deutschen wie internationalen Diskussion gegenüber religiösen und kulturellen in den Hintergrund getreten sind, bleibt die Divergenz von Arm und Reich der untergründige Bestimmungsfaktor, der – gelegentlich unsichtbar, gelegentlich offensichtlich – Themen wie Fremdenfeindlichkeit, religiöse, kulturelle und gender-Gegensätze bestimmt und ihnen Gewicht und Brisanz gibt.¹ Darüber hinaus hat sich die schon seit langem anhaltende Zuwanderung aus den armen in die reichen Staaten dramatisch verstärkt.

Die Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (GSWG) war deshalb gut beraten, sich anlässlich ihres 50-jährigen Bestehens dieses Themas anzunehmen und dabei zugleich die Spannweite, Vielfalt und Einheit der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in inhaltlicher, theoretischer und methodischer, räumlicher und zeitlicher Hinsicht zu nutzen.² Immer schon waren diese Themen in der Geschichtswissenschaft präsent:³ Zentrale, oft zeitgenössisch formulierte Sachverhalte waren bzw. sind hierbei der Pauperismus, die Folgen der Industrialisierung, die Entstehung des modernen Wohlfahrtsstaates,⁴ politische Radikalisierung im Zeitalter der

- 1 Als jüngstes Beispiel sei hier nur die Diskussion über Thomas Pikettys Buch genannt: *Capital in the Twenty-First Century*. Cambridge 2014 (deutsch: *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. München 2014). Siehe dazu z. B. Jan-Otmar Hesse: New „fundamental laws of capitalism“. Thomas Piketty and Economic History, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 101 (2014), S. 500–505.
- 2 David Lanzerath: Tagungsbericht „Arm und Reich. 24. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 16.3.2011–19.3.2011, Bonn“, <http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-3662> (Zugriff am 4.2.2015).
- 3 Beispielhaft seien hier nur aus der älteren, mit der GSWG besonders verbundenen Forschung genannt: Wilhelm Abel: *Massenarmut und Hungerkrisen im vorindustriellen Deutschland*. Göttingen 1972; Ders.: *Massenarmut und Hungerkrisen im vorindustriellen Europa*. Göttingen 1974; Werner Conze: *Vom Pöbel zum Proletariat. Sozialgeschichtliche Voraussetzungen für den Sozialismus in Deutschland*, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 41 (1954), S. 333–364.
- 4 Siehe z. B. Günther Schulz: *Armut und Soziale Sicherung. Zwischen Versorgung und Versiche-*

Extreme, die Konsequenzen der Globalisierung und die jüngsten Krisen der Banken und der Staatsfinanzen, die Rolle von Bildung und der demographischen Entwicklung sowie die Frage nach der differentiellen Verteilung von Ressourcen und die In- und Exklusion von gesellschaftlichen Gruppen.⁵

STEFAN HRADIL (Mainz) thematisiert in seinem Eröffnungsbeitrag die unterschiedlichen Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster von Armut in der modernen Gesellschaft. Sowohl in breiten Bevölkerungsschichten als auch in der Forschung sei Armut ein brisantes Thema, an dem sich die Geister scheiden. Besonders kontrovers werde diskutiert, wer als „relativ arm“ gelte, da es dafür keine einheitliche Definition gebe. Auch die Frage, ob Armut eine eigene Gesellschaftsschicht konstituiere, werde kontrovers beantwortet. Hradil erläutert die divergierenden Einschätzungen. Als Adressaten der Armutsdebatte in Deutschland kennzeichnet er die Mittelschicht, die sich aus Furcht vor sozialem Abstieg und zur Verteidigung eigener Wertvorstellungen „nach unten hin“ abgrenze. Nicht ohne Grund, so Hradil, sei die Zustimmung zu Thilo Sarrazins Thesen („Deutschland schafft sich ab“) in der Mittelschicht besonders groß.

Die Herkunft heutiger Wahrnehmungen von Armut und Reichtum thematisiert BERND FUHRMANN (Siegen). Basierend auf einer Analyse von städtischen Chroniken des Spätmittelalters und des frühen 16. Jahrhunderts kennzeichnet er das Gegensatzpaar „Arm und Reich“ als charakteristisches Abbild der innerstädtischen sozialen Differenzierung der damaligen Zeit und ordnet es neben Alter und Geschlecht den „drei fundamentalen Dimensionen der menschlichen Hierarchisierung“ zu. Anhand der untersuchten Quellen macht Fuhrmann darauf aufmerksam, dass im Spätmittelalter und in der Frühen Neuzeit die alltägliche Armut in den städtischen Chroniken thematisch kaum aufgegriffen worden sei. Ebenso verhalte es sich mit der Wahrnehmung von generationslangem Reichtum, wohingegen rascher sozialer Aufstieg, verbunden mit Akkumulation von Reichtum und Erwerb hoher kommunaler Ämter, in den Chroniken häufig erwähnt und kritisch beurteilt worden sei. Am Beispiel von negativen obrigkeitlichen Bewertungen, u. a. in Bezug auf Bettler, zeigt Fuhrmann, dass sich die Armendebatten des Spätmittelalters sowie die heutigen Diskussionen um Hartz IV durchaus ähnlich sind.

In Ergänzung der städtischen Perspektive von Fuhrmann betrachtet PETRA SCHULTE (Trier) das Thema „„Arm und Reich“ in der politischen Theorie des späten Mittelalters“ aus höfischer Perspektive. Grundlage ihrer Untersuchungen sind Tugendlehren und Fürstenspiegel aus dem französischen Sprachraum des späten 13. bis 15. Jahrhunderts. Schulte legt dar, dass Gerechtigkeit (*iustitia*) und sozialer Ausgleich (*aequitas*) – zwei Kernprinzipien der politischen Ethik – im späten Mittelalter an den akzeptierten Unterschied zwischen Arm und Reich gebunden gewesen seien und zugleich das Nachdenken über das Gemeinwesen beeinflusst hätten. Die

rung, in: Reinhard Spree (Hg.): Geschichte der deutschen Wirtschaft im 20. Jahrhundert. München 2001, S. 157–177.

5 Siehe dazu inzwischen Daron Acemoglu/James A. Robinson: Why Nations fail. The Origins of Power, Prosperity and Poverty. London u. a. 2012, die auf der Grundlage historisch-empirischer Untersuchungen vornehmlich auf die Faktoren institutionelle Stabilität, Eigentumsrechte und offener, inkludierender Wettbewerb verweisen.

Gefahr, die sich aus einer zu breiten Schere von Arm und Reich ergeben habe, sei von der Obrigkeit erkannt und mit gesetzlichen Mitteln zu beseitigen versucht worden. Allerdings sei die Umsetzung der postulierten Gerechtigkeit schwierig gewesen, was nicht zuletzt an der bestehenden ständischen Hierarchisierung und der Tatsache gelegen habe, dass dem König und dem Adel zwar ethisch-moralische Normen auferlegt waren, deren Missachtung aber kaum zu sanktionieren gewesen sei.

SVEN RABELER (Kiel) analysiert die Existenz und Perzeption von Armen in der Vormoderne. Dabei geht er besonders den Strukturen spätmittelalterlicher Armut sowie der Frage nach, ob diese Armut zeitgenössisch nicht nur als individuelles bzw. moralisches Problem, sondern in ihrer sozioökonomischen Bedingtheit auch als Massenerscheinung der „labouring poor“ wahrgenommen wurde. Als zentrale These wird herausgestellt, dass „Pauperismus“ in seinen realen, mentalen und diskursiven Elementen nicht erst als Begriff im Zeitraum zwischen 1770 und 1850 hervortrat, sondern sich schon in früheren Epochen der Vormoderne auffinden ließ – wenngleich unter Variationen der sozialen Formen, der makroökonomischen Kontexte und der vorgenommenen Deutungen. Auch wenn es in der Regel an einem theoretisch-analytischen Zugang zu den Problemen der Armut im urbanen Milieu des Spätmittelalters noch gefehlt habe, sei, so Rabeler, der Begriff des „Pauperismus“ zur Bezeichnung spezifischer Strukturen vormoderner, vorindustrieller Armut und als frageleitendes Arbeitsinstrument bereits mit Blick auf das Spätmittelalter produktiv.

Der Frage, ob Armut im ausgehenden Mittelalter durch Geldentwertung entstanden sei und somit die Dichotomie „Arm und Reich“ begünstigt habe, geht PHILIPP ROBINSON RÖSSNER (Leipzig) nach. Als Hypothese nimmt er an, dass ein Mangel an gutem und wertstabilem Klein- und Mittelgeld zahlreiche Produzenten beeinträchtigt habe, wodurch der Ablauf des Wirtschaftsprozesses gestört worden sei, mit erheblichen gesellschaftlichen Folgen. Nicht zufällig habe es eine Koinzidenz zwischen Unordnung im Geldwesen sowie bäuerlichen und städtischen Unruhen in der Zeit zwischen der Agrardepression des 14./15. Jahrhunderts und der „Preisrevolution“ im 16. Jahrhundert gegeben. Rössner stützt seine Grundannahme auf folgende Argumentationskette: Trotz eines Booms in der zentraleuropäischen Edelmetallgewinnung sei es im Heiligen Römischen Reich deutscher Nation nach 1500 infolge hoher Silberexporte zu Silberknappheit gekommen. Diese Unterversorgung mit Zahlungsmitteln habe in Zeiten des Bevölkerungsaufschwungs und der realwirtschaftlichen Expansion zu Deflation geführt. Zudem habe eine Unordnung im Geldwesen, hervorgerufen durch Münzverschlechterung und Mangel an „gutem“ Münzgeld, wertstabile Zahlungsmittel verknappt. Infolge sinkender Reallöhne sei in weiten Bevölkerungskreisen große Unzufriedenheit entstanden und habe sich schließlich in den zahlreichen Aufständen und sozialreformatorischen Bewegungen des Spätmittelalters und der Frühen Neuzeit entladen.

Zentraler Gegenstand des Beitrags von ANDREAS EXENBERGER (Innsbruck) ist das Problem der globalen Verteilung von Vermögen in langfristiger historischer Perspektive. Ausgehend von einer Diskussion der Frage, wie bestimmte Verteilungsmuster zum Problem werden und welche Strategien Gesellschaften entwickelt

haben, mit diesen Problemen umzugehen, schlägt Exenberger in seiner komparativen Längsschnittanalyse eine Brücke zwischen mehreren empirischen Zugängen hinsichtlich der Frage nach der Wohlstandsverteilung. Neben aktuellen Verteilungsmustern werden dabei speziell jene im Europa des 19. Jahrhunderts und in kolonialen Gesellschaften thematisiert und mit außereuropäischen Befunden kontrastiert. Die Frage, ob Vermögensverteilung „immer dieselbe Geschichte“ sei, beantwortet Exenberger mit „Nein“, schränkt dies allerdings ein: Die Geschichte der Vermögensverteilung gestalte sich in vielen wichtigen Nuancen in der Zeit und im Raum immer wieder anders, und auch die großen Trends seien keineswegs ungebrochen. Zugleich lasse sich jedoch eine erklärungskräftige große Erzählung formulieren, die auch eine Kontextualisierung aktueller Zustände ermögliche und Optionen für weitere Entwicklungen aufzeige.

Der Fragestellung, welche Ursachen ökonomischer Ungleichheit Ökonomen des 19. und 20. Jahrhunderts erkannten und was sie empfahlen, um Ungleichheit zu verringern, geht KARL-HEINZ SCHMIDT (Paderborn) nach. Sein Fokus richtet sich auf die Analyse der Sichtweisen von Johann Heinrich von Thünen (1783–1850), Gustav Schmoller (1838–1917), Lujo Brentano (1844–1931) und Walter Eucken (1891–1950). Schmidt folgert: Im Spiegel der Dogmengeschichte erscheine ökonomische Ungleichheit als empirisch-historisches und theoretisches Problem. Die Autoren hätten als Kennzeichen der Sozialen Frage geringe Arbeitsproduktivität, niedrige Lohnsätze, Angebotsüberschüsse am Arbeitsmarkt sowie das niedrige Niveau der Nachfrage auf den Gütermärkten herausgearbeitet. Ferner seien der unterschiedliche Organisationsgrad des Arbeitskräfteangebots und die Nachfrage nach Arbeitskräften zu nennen. Gemäß der wirtschafts- und sozialpolitischen Konzepte ihrer Zeit hätten die Autoren in unterschiedlichen Formen und Kombinationen Maßnahmen empfohlen, die der Linderung der „Sozialen Frage“ und der damit verbundenen ökonomischen Ungleichheit dienen sollten. Dabei sei auffällig, dass auch Autoren, die dem Liberalismus nahe standen, angesichts des fortgeschrittenen Konzentrationsprozesses über sozialpolitische Maßnahmen hinaus Eingriffe in die Eigentumsordnung befürwortet hätten. Wie notwendig solche Maßnahmen sein können, hätten schließlich wohlfahrtsökonomische und verteilungstheoretische Untersuchungen gezeigt, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts durchgeführt wurden.

Nachfolgend stellt HANS-CHRISTIAN PETERSEN (Mainz/Oldenburger) die Grundzüge seines Habilitationsvorhabens vor: Ziel sei eine Untersuchung der Sozialen Frage im städtischen Raum des Russländischen Imperiums, wobei er die Betrachtung struktureller Faktoren mit einer Analyse von individuellem Handeln und dem Entstehen sozialer Räume verbinden wolle. Am Beispiel von Sankt Petersburg von 1850 bis 1914 fragt Petersen, inwieweit die Benachteiligten der Gesellschaft nicht nur Opfer ungleicher sozialer Verhältnisse waren, sondern sich auch – individuell und gemeinschaftlich – durch Deutungen und Aneignungen des sozialen Raums gegen ihre Randständigkeit zur Wehr setzten. Mit seinen Forschungsergebnissen erhofft sich Petersen einerseits, die bislang verkürzte und eher grobkörnige Sichtweise der Wissenschaft auf die sozialen Randbezirke von Städten erweitern und die Bewohner der Armutsviertel als handelnde Menschen in die allgemeine öffentliche

Wahrnehmung rücken zu können. Andererseits gehe es ihm in seiner Untersuchung um den Versuch, durch Verknüpfung sozialgeschichtlicher Ansätze und neuerer kulturgeschichtlicher Zugänge einen substantiellen Beitrag zur aktuellen Debatte der Historiker und Historikerinnen über die Soziale Frage zu leisten.

In seinem Vortrag über die „1.000 reichsten Österreicher im Jahr 1910“ legt ROMAN SANDGRUBER (Linz) die Ergebnisse seiner verteilungsstatistischen und kollektivbiographischen Analyse der Finanzelite der Habsburgermonarchie dar.⁶ Von der Ausgangsfrage geleitet, wer unter finanziellen Aspekten die „High Society“ in Österreich bildete und welchen Anteil diese oberste Spitze der Einkommensbezieher an den Gesamteinkommen in Wien und Niederösterreich sowie im Gesamtstaat hatte, entwirft Sandgruber auf der Grundlage detaillierter makroökonomischer Untersuchungen ein farbiges Bild der Honoratioren Österreichs. Als Quellen dienen dabei Einkommenssteuerlisten, die zuvor in der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Österreichs noch nicht hinreichend genutzt worden waren.

Der Wechsel von Armutsbildern, -politiken und -regimen in Deutschland in der Zeit von 1880 bis 1960 ist das Thema von WILFRIED RUDLOFF (Kassel). Er stellt die These auf, Armutsbilder seien aufgrund ihrer normativen Aufladung meist durch eine binäre Codierung gekennzeichnet, die sie anschlussfähig für die administrativen Unterscheidungen der Sozialverwaltungen mache. Im Wandel der armutspolitischen Epochen lasse sich dabei eine Sequenz charakteristischer Leitdifferenzen beobachten. Als Abfolge normativer und zugleich administrativer Unterscheidungen kennzeichnet Rudloff moralpolitische („Würdigkeit“), sozialpolitische („Bedürftigkeit“) und biopolitische („erbbiologische Wertigkeit“) Kategorien. Aus den Wechselwirkungen der drei verwandten Analysegesichtspunkte (Armutsbilder, -politiken, -regime) ergebe sich in den genannten Unterscheidungskategorien auf der einen Seite eine Widerspiegelung wirkungsstarker Armutsbilder. Auf der anderen Seite konfigurierten die drei Unterscheidungskategorien zugleich die Armutssysteme als Summe und Essenz der Armutspolitik: Lösung der Sozialen Frage durch erstens soziale Disziplinierung, zweitens soziale Sicherung und drittens sozialutilitaristische Aussonderungen. Im ersten Fall sei Armutspolitik Ausdruck der Durchsetzung moderner Arbeitsgesellschaften (Kaiserreich), im zweiten des wohlfahrtsstaatlichen Legitimationsbedarfs moderner Staatlichkeit (Weimarer Republik/Bundesrepublik), im dritten eines den Eigenanspruch individueller Integrität negierenden Sozialrassismus (NS-Staat).

WELF WERNER (Bremen) analysiert den Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik. Darin beschreibt er den Übergang von einer Subventions- zu einer veritablen Strukturpolitik in den westlichen Staaten seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Als Ursache für den Wandel der Betrachtungsweise kennzeichnet er den dramatischen Anstieg der Arbeitslosenzahlen in den letzten drei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts. Eine bloß monetäre Arbeitslosenunterstützung habe die Reintegration der Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt erschwert. Darüber hinaus hätten die steigenden Arbeitslosenzahlen auf lange Sicht die Staatsfinanzen unter Druck gesetzt

6 Siehe hierzu jetzt Roman Sandgruber: Traumzeit für Millionäre. Die 929 reichsten Wienerinnen und Wiener im Jahr 1910. Wien u. a. 2013.

und die Tragfähigkeit der traditionellen Unterstützungsprogramme und -philosophien in Frage gestellt. So sei der Paradigmenwechsel der Sozialstaaten zu einem Großteil ökonomischen Notwendigkeiten geschuldet. Aber auch das menschliche Bedürfnis, soziale Schieflagen in den Griff zu bekommen, habe nach Ansicht von Werner eine elementare Rolle gespielt. Wichtigstes Betätigungsfeld des Staates sei eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die die Inklusion der Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt fördere. Als Beispiel für eine solche Integrationsmaßnahme nannte Werner die Bildungspolitik.

Abschließend ergänzt JANA GERŠLOVÁ (Ostrava) den Beitrag von WERNER um eine internationale Perspektive, indem sie die soziale Entwicklung in der Tschechoslowakei vor und nach 1989 analysiert, wobei ihr Schwerpunkt auf dem Transformationsprozess nach dem Ende des Kommunismus liegt. Sie beschreibt die erfolgreichen sowie die gescheiterten sozialpolitischen Projekte der Jahre zwischen 1989 und 1992 und konstatiert, dass die Tschechoslowakei im Vergleich mit anderen post-kommunistischen Ländern eine günstigere wirtschaftliche Ausgangslage gehabt habe. Diese habe die Gesellschaft freilich nicht vor einer Verschärfung regionaler und sozialer Ungleichheit, Einkommensgefällen, hohen Arbeitslosenzahlen und massiver Armutproblematik bewahrt.

Die Referate und Korreferate, die von lebhaften Diskussionen begleitet waren, zeigen aufgrund ihrer großen zeitlichen Spannweite vom Spätmittelalter bis zur jüngsten Zeitgeschichte, der Brückenbildung zwischen der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte und in der Verbindung von umfassenden mit beispielhaft auswählenden, von theoretisch-systematischen sowie empirischen Beiträgen den Form- und Inhaltswandel der Diskussionen über „Arm und Reich“. Sie verweisen damit die entsprechenden Diskussionen, die allzu oft von zeitgenössischer Selbstbezüglichkeit geprägt sind, zugleich auch darauf, dass die historische Betrachtung ein großes Reservoir und Potenzial von Strategien und Möglichkeiten für Lösungen – freilich verbunden mit je spezifischen Konsequenzen – bereithält.